

# Vergesst die Sicherheit nicht!

Mahnende Gedanken zum Wahlkampf

**„Fürsorgethemen“ dominieren - wie in Deutschland seit langer Zeit üblich- den heranziehenden Wahlkampf.** Eine Freizeitgesellschaft erwartet schnelle Schritte aus den Coronabeschränkungen. Die noch ungelöste Immunisierung der Menschheit bedrückt die Deutschen leider weniger. Die Wirtschaft scheint wegen des Nachholbedarfs bei der Nachfrage vorerst wieder anzuziehen, auch wenn der Strukturwandel für das Bestehen im internationalen Wettbewerb noch längst nicht abgeschlossen ist. Nur singuläre Schlüsselthemen wie die Digitalisierung und Elektromobilität haben Konjunktur. Ungelöste Herausforderungen wie der Schuldenberg nach Corona, der Ersatz der fossilen Energieträger oder die künftige Finanzierung der Altersrenten werden der nächsten Legislaturperiode überlassen. Die mediengestylte Wirkung von politischen Akteuren rangiert vor ihrer Programmatik und die Torheiten von Minderheiten dürfen sich der Aufmerksamkeit des Publikums sicher sein. Die unübersehbaren Warnzeichen des globalen Klimawandels beeinflussen Stimmungen und Bekenntnisse, aber leider nur wenig den persönlichen Lebensstil.

**Dabei ziehen am globalen Himmel noch andere dunkle Gewitterwolken heran, denen sich der Blick deutscher Durchschnittsbürger und ihrer politischen Deuter noch verschließt und zu denen man von den politischen Wettbewerbern für die Septemberwahl wenig hört.**

Die strategischen Machtgewichte verschieben sich und die Demokratien des Westens sollten auf der Hut sein. Auch ein kluger und besonnener neuer Mann im Weißen Haus wird es nicht alleine richten. Potentaten ohne jede demokratische Legitimation bestimmen zunehmend die Agenda der Weltpolitik.

**Russland hat sein Militär reorganisiert, arbeitet zielstrebig an neuer Waffentechnologie und ist wieder auf vielen Schauplätzen militärisch aktiv.** Putin muss auf die sozialen Interessen der Bevölkerung an Wohlstand und Entwicklung weniger Rücksichten nehmen als die Demokratien des Westens und kann die Schwerpunkte auf die klassischen Instrumente staatlicher Gewalt legen. Die Energieexporte liefern im Augenblick noch die ökonomische Grundlage und Russland nutzt sein Knowhow bei der Entwicklung wirksamer innovativer Waffensysteme wie eines neuen Kampfpanzers und einer

neuen weitreichenden Flugkörperbewaffnung und Raketenartillerie. Nuklear ist es nach wie vor die zweite Weltmacht und pflegt seine Potentiale.

**Russland möchte den Westen spalten und seine Nachbarstaaten mit allen Mitteln unter Druck setzen können.** Dabei ist auch nie auszuschließen, dass in einer allgemeinen Krisensituation und nach Destabilisierung des Westens NATO-Territorium, das einst zum sowjetischen Machtbereich gehört hatte, als Faustpfand genommen werden könnte. Die Einnahme der Krim 2014 war ein Lehrstück.

**Wenn allerdings der Westen in solch einer Situation nicht bereit und fähig wäre, militärisch zu reagieren, würde die Allianz wahrscheinlich auseinanderbrechen und Russland eine Dominanz in Europa erlangen! Dies zu verhindern und durch ausreichende Verteidigungsfähigkeit in allen Spektren vor jedem kriegerischen Abenteuer abzuschrecken muss Ziel einer friedenserhaltenden Politik in Europa sein. Dabei tritt das militärische Element neben politische, diplomatische, ökonomische und kulturelle Bemühungen.**

Regelmäßig zieht die Russische Föderation, oft auch mit zeitweiligen Alliierten wie zum Beispiel Belarus, ihre Kräfte an den Grenzen zu **Manövern** zusammen, die nicht nur das militärische Zusammenspiel erproben sollen, sondern natürlich auch eine Signalwirkung auf die Nachbarn haben. Regelmäßige Übungen der NATO mit deutlich kleineren Kontingenten, meist in einem gewissen Abstand zur Grenze, sind eine angemessene Antwort, werden aber leider bei uns oft als Säbelrasseln diffamiert.

Die **russische Militärdoktrin** beschreibt die Kräfte und Wirkmittel der offiziellen Militärdoktrin im Spektrum des hybriden Krieges und macht kein Geheimnis aus der Tatsache, dass die Russische Föderation den Schutz von Russen über das eigene Territorium hinaus wahrnehmen würde. Russland verfügt über eine aggressive Militärdoktrin und ist ein einheitlich geführter autoritärer Akteur, der viele kleine Konflikte unterhalb von Art. 5 des NATO-Vertrages, der Schwelle für den Bündnisfall, schüren kann und damit den eigentlichen Bündnisfall unterläuft. Präsident Putin kann sehr schnell Entschlüsse fassen und Maßnahmen treffen und ist darin den Entscheidungsmechanismen der westlichen Demokratien und Allianzen überlegen.

Der Übergang zur Aggression kann fließend sein. **Der Cyberraum bietet zahlreiche Möglichkeiten, einem als Gegner ausgemachten Staat und**

**seiner Infrastruktur umfassend zu schaden und wichtige Funktionen zu beeinträchtigen oder auszuschalten.** Durch Steigerung der Operationen von Geheimdiensten sind Übergriffe auf missliebige Personen, wie im Falle Navalny oder bei den Giftanschlägen von Salisbury, und verdeckte Positionierung von eigenem Personal zur Kontrolle von Schlüsselstellungen oder Schlüsselpunkten möglich.

**Die Eroberung der Krim lieferte eine Blaupause wie durch den Einsatz von irregulären paramilitärischen Kräften und Spezialkräften der allmähliche Übergang zur offenen Aggression ablaufen kann.** Im Hintergrund kann dabei durch den Aufmarsch und durch Manöver der regulären Streitkräfte eine Drohkulisse aufgebaut werden, die den Gegner zum Aufgeben zwingen soll, bevor ein Schuss gefallen ist. Ist dies nicht der Fall, bleibt immer noch die Möglichkeit des Einmarsches, um das Territorium des Gegners in Besitz zu nehmen

**Gemessen an den Ressourcen ist China aber wahrscheinlich die größere Herausforderung.**

**China verfügt mittlerweile über die größte Marine der Welt und ist ökonomisch weltweit präsent und belegt technologische Spitzenplätze.**

China tritt in den Gewässern des Pazifiks mittlerweile recht rauhbeinig auf und besetzt Inseln oder schafft künstliche Inseln in einer Region, in der der internationale Handel ohne einen freien Seeverkehr undenkbar wäre.

**China selber nutzt den Handel als politisches Machtmittel und streckt seine Fühler mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße ( Belt-and-Road-Initiative) bis nach Europa aus.** Wirtschaftlich ist China mit Investitionen zunehmend in Europa aktiv und ist vor allem für die wirtschaftlich schwächeren Südländer oft ein attraktiver Partner mit dem man bilaterale Abkommen abschließt. So entsteht in Bosnien-Herzegowina allen Klimaschutzleitlinien der EU zum Trotz mit chinesischem Geld ein Kohlekraftwerk. Der Hafen von Piräus ist in chinesischem Besitz. Auch im Duisburger Binnenhafen ist China aktiv. Die chinesische Präsenz in Afrika bei Investitionen ist schon lange Realität, auch wenn afrikanischen Regierungen sich in starke Abhängigkeit von der starken Dominanz ihrer chinesischen Partner begeben.

Der Westen ist gut beraten, den Machthabern in Peking mit einer Stimme zu signalisieren, dass es nach einer Okkupation Taiwans kein

„business as usual“ mehr geben wird. China sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass in diesem Falle die Nachbarn rund um das südchinesische Meer noch mehr an die Seite der USA rücken und auf eine massive Reaktion drängen werden.

China ist aber nicht nur ein Handelspartner, sondern wird auch in der Klimafrage als Partner benötigt. Ist der Westen bereit, die demokratischen Grundsätze im Umgang mit China zu opfern, um wohlwollende Kooperation bei der CO2-Reduktion zu erkaufen?

**Inwieweit die Kontrolle des Milliardenvolkes in einem „orwellschen“ Überwachungsstaat auf Dauer funktionieren und die großen sozialen Gegensätze im Lande nicht doch einmal das System destabilisieren wird die Zukunft zeigen.** Der Umgang mit der Opposition in Honkong und den internationalen Abkommen zur Übergabe der ehemaligen britischen Kronkolonie stimmen nicht optimistisch. Die Spitzenposition als Weltmacht ist erklärtes Ziel und muss beunruhigen, weil an der Spitze keine wechselnde demokratisch legitimierte Führung wie in den USA steht, sondern eine Staatspartei mit einem Präsidenten auf Lebenszeit wie einst in den absolutistischen Fürstenstaaten.

Die mentale Bereitschaft, eine breite Palette von militärischen und nicht militärischen Mitteln zur Einflussnahme und Inbesitznahme einzusetzen, hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit den wachsenden Kräften Chinas und Wiedergewinnung alter russischer Stärke zugenommen. **Im Cyberinformationsraum ist der Ernstfall schon längst eingetreten!**

Die Öffentlichkeit der sozialen Medien verstärkt die Ausschläge der **Aufgeregtheit einer nervösen und wenig resilienten Bundesrepublik**, die von der Pandemie gestresst ist und gegenüber dem Klimawandel hilflos erscheint, weil niemand auf seinen Lebensstandard verzichten will. Cassandra hat in Deutschland Konjunktur und man pflegt eine Protestkultur ohne nüchtern abgewogene Taten. Die Blüte der Verschwörungstheorien ist ein Indikator der allgemeinen Verunsicherung. Die Rufe Kassandras schweigen sich aber zu ganz anderen realen Gefahren aus. **Es steht zu befürchten, dass uns der sicherheitspolitische Crash zeitlich noch vor dem Klimacrash erschüttern könnte.**

Außenpolitische Krisen der letzten Jahrzehnte sind meist sehr plötzlich aufgetreten und waren in der allgemeinen Nachrichtenflut vorher nicht im Fokus gewesen. **Unserer Politik und Gesellschaft fällt es schwer,**

## **Sicherheitspolitik, Klimapolitik, Sozialpolitik, Bildung, Ökonomie und technologischen Fortschritt als gleichwertige Zukunftsaufgaben in der Balance zu halten!**

In einem **Phoenix-Interview von 45 Minuten** am 17.6. sprach die sympathische ambitionierte **grüne Kanzlerkandidatin Baerbock** fast die ganze Zeit nur über „Fürsorge-Themen“ wie Klimaneutralität, gesellschaftlich-ökologischen Wandel, Bildung, Ausgleichszahlungen für sozial Schwache, faire Globalisierung, weniger über Wettbewerbsfähigkeit. Es ging um die eigene Positionierung und Motivation im Wahlkampf. In drei Schlussminuten kam noch das Verhältnis zu Russland zur Sprache, u.a. die neue Ostseepipeline, die von den Grünen aus ökologischen, weniger aus sicherheitspolitischen Gründen abgelehnt wird. Es gab eine kurze Kritik an dem Auftreten Russland gegenüber seinen Nachbarn in Osteuropa, aber keine Schlussfolgerung. Das Thema Sicherheitsvorsorge kam schlichtweg bei der grünen Kanzlerkandidatin nicht vor. Um aber ehrlich und gerecht zu sein, sehr viel mehr hätte man von anderen Parteien zum Thema äußerer Sicherheit wohl auch nicht erwarten können, da es vom Wahlpublikum nicht gewünscht wird und man darüber beim Kampf um Wählerstimmen nicht gerne redet!

Es fehlt in Deutschland eine echte breite kontroverse Debatte zur Sicherheitspolitik und die Verantwortung dafür trifft auch die Wähler!

**Fehler in der Innenpolitik und Ökonomie lassen sich auf längere Sicht meist wieder korrigieren. In der Außenpolitik können sie nicht wiedergutzumachende Folgen haben, wenn Anwendung von Gewalt ins Spiel kommt und neue Fakten geschaffen hat.**

So wie **unsere Politik bei der Pandemievorsorge trotz aller Warnungen und Analysen von Experten komplett versagt hat** und auch keinen Druck durch eine wachsame Öffentlichkeit bekam, **könnten wir ein Desaster viel größeren Ausmaßes erleben, wenn wir wegen fahrlässiger Versäumnisse in der Sicherheitsfürsorge trotz aller Friedensbeschwörungen in kriegerische Verwicklungen geraten!**

Das Lamento über die fehlende Bevorratung von Masken und Schutzkleidung sollte allerdings nicht zum Bashing im Wahlkampf verkommen, den **das Kernproblem besteht in einer Gesellschaft, die bislang keinen Bedarf an Vorsorge und Resilienz gesehen hat**, sich eher über Ansätze dazu mokiert hat und nun eine erste Rechnung

präsentiert bekam. Haushälter und Rechnungshöfe sind von dieser Kritik nicht ausgenommen.

**Sicherheit vor Gewalt und Unterwerfung ist mindestens gleichrangig mit der Erhaltung der Lebensgrundlagen und sozialer Gerechtigkeit und ergibt sich als Verpflichtung auch aus dem Grundgesetz!!**

Die demokratische Rechtsordnung hat nur so lange Bestand, wie die Souveränität der Bundesrepublik im Rahmen ihrer Bündnisse sichergestellt ist. Die "systemischen" Herausforderer des Westens und der Werte unseres Grundgesetzes sind sehr präsent. Deutschland muss Partnerschaften vor allem mit Taten pflegen und sich im weltweiten Kräftespiel und Wettbewerb behaupten. **Alle Grundrechte und höchste Urteile sind nur noch Papier, wenn diese Souveränität nach außen und innen nicht mehr geschützt werden kann** und die Regierenden und ihre Bürger ohnmächtig oder unwillig geworden sind, diesen Rechtsstaat noch zu schützen. Sei es, dass man sich dem Einfluss fremder Mächte aus Ohnmacht nicht mehr widersetzen kann oder die Bürger nicht mehr hinter der freiheitlichen Ordnung stehen, um diese noch mit Worten und Taten zu verteidigen.

**Man sollte über Bedrohungen nicht einfach moralisieren, wie man es in Deutschland so gerne tut.** Chinas Weltmachtstreben und Russlands Großmachtstreben sind historisch erklärbar. Verstehen heißt nicht billigen! Wenn wir das nur moralisch diffamieren, erhalten wir nahezu automatisch die Replik mit langen Klagen über die alte Rolle der USA als Weltpolizist. Auch der Hinweis auf die Menschenrechtsverletzungen könnte auf zahllose andere Staaten der Welt ausgedehnt werden, denen der Westen vielleicht weniger kritisch gegenübersteht.

**Kritiker der Menschenrechtsslage sind nicht automatisch Befürworter einer Sicherheitspolitik, die für Wachsamkeit als Preis der Freiheit plädiert. Wir haben aber das Recht und die Pflicht, unsere elementaren Interessen zur Selbstbestimmung von Recht und Freiheit international zu behaupten.**

Was geschieht, wenn irgendwann einmal China und Russland angesichts zunehmender militärischer Schwächeerscheinungen im Westen zeitgleich gegen Taiwan und die Ukraine oder das Baltikum vorgehen und möglicherweise kein Präsident vom Format des jetzigen Amtsinhabers im Weißen Haus sitzt und Europa weiterhin keine einheitliche Telefonnummer für einen Notruf hat?

China und Russland sind aufgrund ihrer autokratischen Strukturen und inneren Probleme nicht wirklich stabil und könnten international noch für viel Unruhe sorgen, um von inneren Problemen abzulenken. In beiden Ländern gibt es keine kritische Öffentlichkeit, die den Autokraten im Nacken sitzt und keine Möglichkeit eines geordneten Machtwechsels durch Wahlen, wie wir ihn in den USA gerade wieder erlebt haben. **Der Umgang mit der Opposition in China und Russland lässt nichts Gutes ahnen, wenn diese Kräfte die Weltpolitik im Verbund dominieren - und von den anderen Autokraten und Regimen war noch gar nicht die Rede.** Der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei Erdogans betreiben ihre eigene Machtpolitik. Nordkorea bleibt völlig unberechenbar. Die Atommächte Indien und Pakistan beschreiten einen Weg des Nationalismus und der religiösen Intoleranz. Dass der Diktator in Belarus die Opposition niederknüpelt und in einem beispiellos dreisten Akt einen internationalen Flug kapert, um eines Regimegegners habhaft zu werden, sollte auch als Alarmzeichen gewertet werden, dass man die Reaktionen des Westens nicht fürchtet. Die Liste der destruktiven Regime ließe sich fortsetzen, wobei nicht nur die demokratiefeindlichen Trends mit Sorge erfüllen, sondern auch populistische Ignoranz gegenüber Klimaproblemen wie in Brasilien.

Die politische Linke in Deutschland bekennt sich gerne zur UN als höchster Instanz und vergisst, dass dort die demokratischen Mitglieder in der Minderheit sind.

**Lobbyisten sind auch für autokratische Systeme in den westlichen Demokratien unterwegs,** bis in die höchsten Etagen wie der Altbundeskanzler Schröder in Sachen russischer Energieexporte und Ex-Premierminister Cameron für einen Investmentfond der chinesischen Wirtschaft zum Ausbau der Neuen Seidenstraße. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern ist jüngst mit einer Russlandstiftung im Zusammenhang mit North Stream II außenpolitisch in Erscheinung getreten. Aserbaidschan hat sich um deutsche Parlamentarier bemüht und es ist erstaunlich, dass aserbaidchanische Kriegsverbrechen von den Medien kaum aufgegriffen wurden, während die Floskel von der völkerrechtlichen Zugehörigkeit der Region Bergkarabach zu Aserbaidschan in keiner deutschen Nachrichtensendung gefehlt hat, obwohl in dieser Frage die internationalen Prinzipien der territorialen Integrität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker konkurrieren.

Zum 80. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion hier ein Wort der Klärung: **Man muss die russische Machtpolitik kritisieren**

**und dennoch kann und soll die Gedenkkultur und Verantwortung für die Erinnerung an die unendlich hohe Zahl der Opfer in der damaligen Sowjetunion lebendig bleiben.** Dies schulden wir vor allem dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen nur wenige heimkehrten. Die Gründung eines deutsch-russischen Jugendwerks wäre sicher sehr viel hilfreicher für Verständigung und Versöhnung als die Referenz gegenüber den Machtdemonstrationen bei den Siegesparaden. Weder die deutschen noch die russischen Sicherheitsinteressen würden Schaden nehmen, wenn Soldaten beider Länder gemeinsam an den Schauplätzen des Kriegsgrauens regelmäßig Kriegsgräberfürsorge betreiben könnten. 2023 böte sich in Stalingrad ein Anlass für ein gemeinsames Gedenken und Versöhnen unter Beteiligung von Schülern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Deutschland wie in Verdun 2016.

**Sicherheitsvorsorge und Verständigung schließen sich auch in schwierigen Zeiten nicht aus und sind zwei Wege zu einem gleichen Ziel.** Niemand in Europa will einen Krieg, sicher auch Putin nicht, aber die Klaviatur der Machtpolitik kann verführerisch sein. Dass niemals wieder Deutsche und Russen aufeinander schießen, ist Kernanliegen dieser Schrift. **Aber lautere Gesinnungen bedürfen einer verantwortungsvollen Politik.**

**Unvermindert tönt in den Parteien des linken Spektrums das Hohelied der Abrüstung,** an der Russland und China angesichts ihrer militärtechnologischen Fortschritte gegenwärtig überhaupt kein Interesse haben.

Die **Linke** preist neue Formen der kollektiven Sicherheit unter Einschluss der Russischen Föderation an, obwohl die KSZE und die Weiterentwicklung zur OSZE weder den Bürgerkrieg auf dem Balkan noch die Grenzveränderungen auf der Krim oder die Konflikte im Kaukasus verhindert haben. Die Partei bleibt in einem naiven linken Pazifismus und moralischen Rigorismus gefangen und lehnt aufgrund eigener Grundsätze und Ideologie eine militärische Sicherheitspolitik ab. Mit ihren hohen Ansprüchen an eine rigide Gerechtigkeitspolitik stellt sie das im internationalen Vergleich relativ hohe Niveau an Lebensqualität in der Bundesrepublik dauernd in ein schlechtes Licht und hat keine Antworten auf die rauen realpolitischen Zwänge der internationalen Politik.



Die **AFD** blickt mehr nach innen als nach außen. Sie möchte unzufriedene Wähler aus dem Umfeld von Polizei und Militär durch nationale Orientierung und konservative Ordnungsvorstellungen gewinnen. Wegen ihrer Skepsis gegenüber internationalen Organisationen fremdelt die Partei mit einer kollektiven Sicherheitspolitik und hat keine Berührungspunkte gegenüber dem autoritären Regime Putins. Durch ihre zunehmende Vereinnahmung durch extreme nationalistische Kräfte fällt die AFD für eine Teilnahme an der sicherheitspolitischen Debatte in einem demokratischen und internationalen Diskurs aus und wird eher zur Belastung, wenn sie die demokratische Führung andauernd delegitimiert und zur Destabilisierung des Vertrauens beiträgt. Da hilft es dann auch nicht, wenn die Partei die Streitkräfte grundsätzlich bejaht.

Die **traditionellen Regierungsparteien** von Mitte und Mitte links waren in ihrer Geschichte immer auch für das Verteidigungsressort verantwortlich und haben in unterschiedlicher Intensität die kollektiven Bündnisse des Westens und die Institution Bundeswehr mitgetragen. **Allerdings gibt es dabei große interne Unterschiede sowohl in den Parteien als auch bei Mitgliedern und Wählerschaft. Das Vorhandensein und Auftreten von engagierten Sicherheitspolitikern bedeutet noch lange nicht, dass die gesamte Partei oder die Wählerschaft der Verteidigungspolitik große Bedeutung beimessen. Mit diesen Themen gewinnt man keine Wahlen, solange keine außenpolitische Bedrohung wahrgenommen wird oder grundsätzliche außenpolitische Orientierungen zur Wahl stehen wie zum Beispiel die sozialliberale Ostpolitik 1972.** Im Zweifelsfall müssen die Sicherheitspolitiker gegenüber ihrer eigenen Klientel schweigen und debattieren vorwiegend in Hinterzimmern und Expertenzirkeln.

Die **Unionsparteien** konnten vor über einem Jahrzehnt die Wehrpflicht als ursprüngliches „Tafelsilber“ ihrer Partei ohne großes Murren der Basis opfern. Der Verteidigungsetat musste erhebliche Opfer für die Rettungsmaßnahmen zur Finanzkrise bringen und die Bundeswehr verlor weiter an Einsatzfähigkeit. Die Union versteht sich sicherlich unbedingt als Garant der Bundeswehr und westlich orientierten Sicherheitspolitik, macht daraus aber auch kein Wahlkampfthema. Als Wirtschaftspartei rangieren ökonomische Interessen im Zweifelsfall vor militärischen Fragen, auch wenn man der jetzigen Amtsinhaberin im BMVg, Frau Kramp-Karrenbauer, zubilligen muss, dass sie ohne Rücksicht auf eine

eigene Karriere, einen Blick für strategische Notwendigkeiten und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr hat.

Bei den **Grünen** ist noch offen, ob die Parteibasis die Bekenntnisse zur NATO und russlandkritische Positionen dauerhaft akzeptieren wird. Die verteidigungspolitischen Sprecher waren immer sehr aktiv und konstruktiv bei der Aufdeckung von Missständen, trugen auch die Auslandseinsätze mit, waren aber nicht unbedingt Verfechter militärstrategischer Linien und Reformen zur Stärkung der Einsatztauglichkeit. Die absolute Dominanz des Klimathemas wird den Grünen wenig Spielräume für eine aktive Sicherheitspolitik lassen.

Die **Sozialdemokratie** teilte über Jahrzehnte einen großen Konsens in der Verteidigungspolitik mit den Unionsparteien, der auch von ihrer traditionellen Wählerschaft getragen wurde. Hier haben sich die Trends aber gewandelt und die geschrumpfte Partei dürfte sich mehr nach links orientieren, zumal einige kompetente Experten ihre Ämter aufgeben mussten.

In militärischen Fragen hat die **FDP** die Aussetzung der Wehrpflicht schon sehr früh gefordert, ist aber immer ein Befürworter der Streitkräfte gewesen und war auch mit Experten präsent, allerdings ist die Agenda der Partei den Freiheitsrechten des Individuums sicher mehr verpflichtet als kollektiven staatlichen Strukturen, wie sie sich nun einmal besonders im Militär manifestieren. In ihrer langen Koalitionsgeschichte waren die Liberalen oft mit dem Außenressort betraut, das immer sehr darauf geachtet hat, dass ihm gegenüber dem Verteidigungsministerium ein Vorrang gebührt. Im Zweifel werden Liberale der Diplomatie den Vorzug gegenüber militärischen Optionen geben.

**In der Berichterstattung gewinnt man den Eindruck, dass die sicherheitspolitische Kompetenz einer Partei nur an der Frage der Bewaffnung von Drohnen ausgemacht wird.**

**Da gibt es aber ganz andere Fragen** wie die Nutzung künstlicher Intelligenz für autonome Systeme, hyperschnelle Flugkörper, Spezialeinsätze unterhalb der klassischen Schwelle von Krieg und Frieden und die permanente Herausforderung durch Cyberattacken und Fake News. Hier sind Entscheidungen gefordert, **welche die Repräsentanten des an alten Bildern von Krieg und Frieden ausgerichteten pazifistischen Mainstreams überfordern dürften.** Dazu bedarf es Mehrheiten, welche die Verfassung an die variablen

Gegebenheiten der hybriden Kriegführung und der beständigen Aggression im Cyberinformationsraum anpassen. Insbesondere die Definition des Spannungsfalles bedarf einer Konkretisierung durch den Gesetzgeber und die höchste Rechtsprechung.

Typisch für einen hybrid agierenden Angreifer ist die Dosierung der Aktivitäten knapp unterhalb der Schwelle, wo es zu massiven Gegenmaßnahmen kommen könnte, die dann auch verfassungsrechtlich abgesichert wären. Mit einer „Salami-Taktik“ könnten juristische Schwellen, die nur bei massiven Bedrohungslagen militärische Mittel erlauben, unterlaufen werden.

Offensive Optionen sind in Deutschland quer durch alle politischen Lager tabuisiert (Professor Carlo Masala). **Dabei ist die Androhung von offensiven Gegenmaßnahmen nach wie vor oft die einzige Defensivoption gegenüber der Bedrohung durch neue Waffen und Einsatzmittel großer Reichweite, gegen die es keine oder nur unzureichende Abwehrmittel gibt:** ballistische Flugkörper, Hyperschallflugkörper oder Cyberangriffe. Der Verzicht auf die Fähigkeit zur offensiven Reaktion ist schlichtweg verantwortungslos. In den achtziger Jahren wurde von den Friedensdemonstranten gegen die Stationierung der Pershing 2-Raketen eingewandt, dass diese Flugkörper nahezu ohne Vorwarnung Moskau erreichen konnten. **Wer regt sich heute darüber auf, dass Berlin in viel kürzeren Einsatzradien nuklearbestückter russische Raketen in der Region Kaliningrad im ehemaligen Ostpreußen liegt.** Unglaubliches Erstaunen würde wohl auch die Information hervorrufen, dass iranische Raketen ungehindert München erreichen könnten. Vor diesem Hintergrund sollte man die beargwöhnte nukleare Teilhabe durch deutsche Jagdbomber eigentlich in einem ganz anderen Licht sehen.

Auf einer GSP-Veranstaltung antwortete Heeresinspekteur Mais auf die Frage nach den Chancen einer deutschen Panzerbrigade gegenüber einer russischen Panzerdivision mit der Bemerkung: „Wenn es soweit kommen sollte, ist vorher etwas schief gelaufen!“ Der General hat Recht. **Sicherheitspolitik muss vorausschauend präventiv wirken und die Bundeswehr muss weiterhin kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.** An anderer Stelle bemerkte der Heeresinspekteur: „Ich frage nicht danach, was Russland uns antut, sondern was es uns antun könnte!“ **Es geht um die Planung glaubwürdiger und flexibler Fähigkeitsprofile, nicht um Kriegsvorbereitungen.**

Unsere "Friedensgegner" argumentieren gerne so, als ob unsere militärischen Vorsichtsmaßnahmen den kommenden Krieg vorbereiten, dabei hat seit 1956 kein deutscher Soldat einen tödlichen Schuss bei der Mission der Kriegsverhinderung in Europa abgegeben. Dies war bei den Kriseninterventionen leider nicht so, aber diese Option wird künftig an Priorität verlieren.

In fast allen Parteien und Foren tönen die Gebetsmühlen mit der Forderung: **Deutschland muss international mehr Verantwortung übernehmen! Aber was heißt das eigentlich?** Teilnahme an weiteren Auslandsmissionen? Mehr Panzer für den Schutz Osteuropas? Forcierte Entwicklung neuer Technologien, um die eigenen Streitkräfte zukunftsfähig zu halten? Mehr deutsche Fregatten zur Sicherung der Seewege auf den Ozeanen?

Mit solchen Forderungen wird man wenig Beifall erlangen, es sei denn es stecken Aufträge für die Beschäftigten der einschlägigen Rüstungsbranchen im eigenen Wahlkreis dahinter. Wie erklärt sich sonst, die neu entdeckte Liebe der Sozialdemokratie für den Marineschiffbau und das Plädoyer der CSU für zusätzliche Eurofighter und sündhaft teure Eurodrohnen aus den Montagehallen von Manching?

Am Ende wird sich die deutsche Verantwortung vorwiegend an Verhandlungstischen mit beschwichtigenden Worten an alle Kriegsparteien und mäßig dosierten Boykottmaßnahmen beschränken. Brav entrichtet man seinen Beitrag für das Bündnis mit überschaubaren Kontingenten deutscher Soldaten, die möglichst nicht an den Hotspots zum Einsatz kommen sollen. Immer noch sehr mühsam werden deutsche Beiträge für NATO- Eingreifkräfte zusammengezimmert, **aber wo bleibt die Debatte über einen nachhaltigen Plan zur Landverteidigung in Osteuropa und zum Schutz des europäischen Luftraums gegen Flugzeuge, Flugkörper und Drohnen. Wer diskutiert in der Öffentlichkeit die Aufklärung einer gegen hybride Beeinflussung resilienten Gesellschaft und organisatorische, technologische und juristische Optimierungen von Schutzmaßnahmen im Cyberinformationsraum?**

Ein Aufschrei der Empörung im rot-rot-grünen Spektrum würde das Land durchziehen, sollten es Sicherheitspolitiker der Mitte wagen, derartige Überlegungen in die strategische Debatte öffentlich einzubringen, um auch die Rechtsgrundlagen zu modifizieren. **In einem vorausschauenden Gehorsam wird es gleich unterlassen, derartige**

Tabus anzusprechen. Im Ernstfall steht man dann so unvorbereitet da wie bei der Bevorratung für die Pandemie.

Das ewige Klagelied gegen die militärische Rüstung, die übrigens nur ein Fünftel des Wehretats ausmacht, ist auch nur eines der Vehikel, um die Streitkräfte insgesamt in Frage zu stellen. Dabei wäre eine konstruktive kritische Begleitung der großen Vorhaben durchaus hilfreich. Die Kosteneffizienz enorm teurer Projekte der Luftwaffe oder Marine mit nur begrenzten Stückzahlen darf getrost hinterfragt werden, wenn dabei die Hausaufgaben der Landstreitkräfte nicht mehr erfüllt werden können. Darüber regen sich die wenigsten Kritiker auf, da sie ohnehin nicht in den Dimensionen von Kampf und Gefecht denken. In den meisten Fällen verkauft man sich allenfalls fürsorglich als Anwalt der Soldaten, deren Schutz in den Einsätzen, nicht der Einsatzerfolg, zum Hauptkriterium geworden ist.

Die Diskussion um die Bewaffnung von fünf nicht mehr ganz so neuen Drohnen des Typs Heron ist vor diesem Hintergrund nur noch kleinkariert und gibt jene Parteien, die über dies Thema einen linken Kurswechsel anstreben, gegenüber der internationalen militärischen Fachwelt mittlerweile nur noch der Lächerlichkeit preis.

Man hat auch das Gefühl, dass die Defizite der Einsatzfähigkeit in der Bundeswehr immer wieder gern spöttisch beschworen werden, um es genau zu diesen Einsätzen gar nicht kommen zu lassen, denn Reformvorschläge vernimmt man aus der politischen Landschaft nur in Ausnahmefällen. Die ausgeprägte Thematisierung von rechtsextremen Verfehlungen in der Truppe kontrastiert zur Schweigsamkeit von Politik und Medien zu außenpolitischen Risiken.

Hohe Ambitionen scheitern wohl weniger an den Finanzmitteln und der Motivation des Personals, sondern an der Unfähigkeit oder an dem Unwillen, klare Strukturen zur Einsatztauglichkeit und Mobilisierung der geistigen und materiellen Ressourcen aufzubauen. Verkrustete Apparate bieten viele Nischen zur Pflege von Pfründen und eigenen Erbhöfen. Parlamentarier und Ressorts hüten wachsam ihre Zuständigkeiten, geben aber selber keine gemeinsame große strategische Linie vor. Deshalb ist auch die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsrat chancenlos.

Viel Aufregung fokussiert sich auf die Exzesse instinktloser extremer, aber zahlenmäßig überschaubarer Milieus in der Truppe und man fragt sich, ob Vorgesetzte immer ihrer Verantwortung in der Führung,

Disziplin und Fürsorge gerecht werden. Militärischer Abschirmdienst und Personalgewinnung bleiben in der Verantwortung und Selbstkritik.

**Die Gesellschaft benötigt Soldaten, die kämpfen können, um nach Möglichkeit nicht kämpfen zu müssen.** Damit schützt man das Land und seine Bürger und auch seine Soldaten. Wie sonst sollten im Extremfall Recht und Freiheit verteidigt werden. **Soldaten benötigen dafür Fähigkeiten und Einstellungen, die sich nicht immer mit Normen und Werten der Zivilgesellschaft überschneiden. Ein Gefecht lässt sich nicht im Rahmen eines Diskussionszirkels oder Workshops organisieren.** Hierarchien und Befehlsordnungen sind der Bürgergesellschaft eigentlich auch nicht ganz fremd, aber im Militär noch ausgeprägter und funktional zu begründen.

**Soldaten und Zivilgesellschaft sollten Wege des Respekts zueinander finden.** Die Bürger brauchen Einsicht in die Mechanismen erfolgreichen soldatischen Handelns und die Soldaten Verständnis für die Werte und Traditionen einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft. Daran zu wirken, dürfte mehr zum Konsens beitragen, als die hektische Umbenennung von Kasernennamen, mit denen in den meisten Fällen junge Bürger und Soldaten ohnehin nicht mehr viel anfangen können.

Wichtig ist nicht, welcher Name am Kasernentor zu lesen ist, sondern wie die Soldaten hinter den Mauern denken.

Es ist auch nicht viel gewonnen, wenn man Meinungsmilieus bedient, die ohnehin mit der Bundeswehr nichts am Hut haben, und dabei die eigene Klientel verprellt.

In Fragen der nationalen Sicherheit ist eine klare Kante geboten, bei der man die Parteien auch nicht schonen sollte. Drei Fragen sollten an sie gerichtet werden:

**Welche militärischen Bedrohungen für Deutschland halten sie mittelfristig und langfristig für möglich?**

**Mit welchen Maßnahmen sollte die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode darauf reagieren?**

**Was könnte Ihre Partei als Mittler zwischen Bürgern und Staat zur Verbesserung der Sicherheit beitragen?**

Dieser Aufruf verzichtet darauf, Empfehlungen zu geben, wie unsere Politik auf die Risiken reagieren soll. Da sind in dieser Reihe schon viele Gedanken an anderer Stelle konkretisiert worden. **Es geht darum, dass**

**die äußere Sicherheit wieder einen angemessenen Stellenwert bekommt und nicht als selbstverständlich konsumiert wird. Neben dem Schutz des Klimas und angemessener Lebenschancen für alle Bewohner des Planeten hat dies ganz vorn auf der Agenda zu stehen!**

**Weiterhin gilt das Wort von Willi Brandt "Ohne Sicherheit ist alles nichts!"**

Die Fürsorge für unseren Wohlstand und unseren Lebensstandard sind wichtig, stehen aber nicht an allererster Stelle. Dafür brauchen wir Politikerinnen und Politiker mit glaubwürdiger Autorität, Führungsformat und Charakter ohne Eigennutz. Sie können nicht immer „Everybody´s Darling“ sein, müssen aber mehrheitsfähige Gesamtkonzepte anbieten, die eine umfassende Friedensvorsorge des Dialogs, der Kooperation, aber auch der militärischen Absicherung beinhalten. **Wenn diese Schrift provoziert und Widerspruch hervorruft, hat sie ihren Zweck erfüllt, damit das öffentliche Schweigen zu diesen Themen ein Ende findet.**

Jürgen Dreifke

Reservistenkameradschaft Dülmen

VdRBw Kreisgruppe Münster

[www.bw-duelmen.de](http://www.bw-duelmen.de)

[www.bahnjdbund.de](http://www.bahnjdbund.de)